

Regierung prüft ein landeseigenes Hospiz

Trotz mehrerer Anläufe ist das Anliegen bisher auf taube Ohren gestossen – ein politischer Vorstoss der VU hat dies nun geändert.

Desirée Vogt

In Liechtenstein wird unbestritten auch in den Alters- und Pflegeheimen und dem Landesspital eine gute, fachliche palliative Pflege ermöglicht. Doch es gibt eine Versorgungslücke. Und die betrifft jüngere Menschen, die unheilbar krank sind. Sie sind in einem Altersheim nicht richtig aufgehoben. Und auch trotz des wichtigen und professionellen Angebots der Spitex kann zu Hause nicht immer eine fachlich professionelle Rundumbetreuung ermöglicht werden. Als letzte Möglichkeit kann nur auf ein Hospiz im angrenzenden Ausland ausgewichen werden. Das soll sich ändern. Der Landtag hat ein entsprechendes Postulat an die Regierung überwiesen. Sie soll nun Grundlagen erarbeiten und dem Landtag einen Vorschlag unterbreiten, wie ein Hospiz in Liechtenstein geschaffen werden kann.

«Schon viele hätten sich das gewünscht ...»

«Immer wieder werden uns Fälle von Betroffenen bekannt, die ihren letzten Lebensweg im Ausland angehen müssen. So war es leider auch kürzlich bei



Mario Wohlwend (VU) bat darum, das Anliegen endlich ernst zu nehmen.

Bild: Daniel Schwendener

Rainer Ritter. Gott hab ihn selig», machte der VU-Abgeordnete Mario Wohlwend auf den ehemaligen Wirtschaftskammer-Präsidenten aufmerksam, der diesen Umstand im letzten Abschnitt seines Lebens ebenfalls bedauert hat. Einmal mehr zeigte sich: Personen jüngeren und mittleren Alters, die sich im

palliativen Stadium einer Krankheit befinden, und Personen, welche nicht nur situativ auf medizinische Hilfe angewiesen sind, sind auf die Palliativstationen ausländischer Spitäler, auf den palliativen Brückendienst der benachbarten Schweizer Kantone oder eben auf Hospizbetten der umliegen-

den Hospizeinrichtungen in Werdenberg, Maienfeld oder im Hospiz am See in Bregenz angewiesen. «Da fragt man sich als Laie, die wir Parlamentarier sind, zwangsläufig, warum es für solche Fälle nicht ein Angebot im Inland gibt», so Wohlwend.

Dass diese Frage mehr als

berechtigt ist, daran liessen die Abgeordneten aller Parteien keinen Zweifel. Einzig die Frage, wo das neue Hospiz angesiedelt werden soll oder kann, darüber scheiden sich die Geister. Die VU schlägt im Postulat nämlich vor, dieses allenfalls beim Neubau des Landesspitals zu berücksichtigen. Doch nicht nur Johannes Kaiser (FTP) kann sich das nicht vorstellen. «Dieses Hospiz muss nicht im Landesspital angegliedert werden. Ich kann mir vorstellen, dass die Spitalatmosphäre nicht die geeignete ist für ein Hospiz.» VU-Fraktionssprecher Manfred Kaufmann betonte deshalb mehrfach, dass die VU offen dafür sei, wo ein Hospiz im Falle einer Realisierung zu stehen käme – auch wenn sie im Postulatstext eine mögliche Angliederung im Spitalneubau aufgeführt habe.

«Letzte Lebensphase in vertrauter Umgebung»

«Es ist uns natürlich nicht entgangen, dass die LAK seit Januar 2018 als erster Pflegeheimverbund in Liechtenstein und der Schweiz über das Label Qualität in Palliative Care für den Bereich der allgemeinen Palliative Care verfügt», war es

Mario Wohlwend wichtig zu betonen. Die LAK würden damit in diesem Bereich zusammen mit der Lebenshilfe in Balzers unbestritten ein wichtiges Auffangnetz in ihrem Bereich bieten. Doch Gespräche mit Akteuren, die sich mit Hospizarbeit in Liechtenstein beschäftigten, hätten wissen lassen, dass es durchaus ein Bedürfnis für ein Hospiz im Land gebe, bisherige Forderungen aber immer abgeblockt worden seien. «Das Thema ist offensichtlich nicht so in der Politik angekommen, wie es wünschenswert wäre», so Wohlwend. Dies sei auch der Grund, warum sich die VU für diesen politischen Vorstoss entschieden habe.

«Ein Hospizbett in Liechtenstein gäbe der betroffenen Person und ihrem unmittelbaren Umfeld nämlich die Möglichkeit, die kurze verbleibende letzte Lebensphase in vertrauter Umgebung unweit von zu Hause gemeinsam gehen zu können.» Vielfach würden zudem auch die Kosten für ein Hospiz, welche die Patienten heute selbst tragen müssten, unterschätzt. «Es entstehen nicht unerhebliche Kosten für das Hospizbett im Ausland, die sie selbst zu tragen haben.»

DpL-Initiative scheitert wegen Giesskannenprinzip

Die Idee, Einwohner im Rentenalter von der Franchise bei der Krankenkasse zu befreien, fand 10 Stimmen.

Die beiden DpL-Abgeordneten Thomas Rehak und Herbert Elkuch wollen mit einer Gesetzesinitiative erreichen, dass für in Liechtenstein wohnhafte Rentner die obligatorische Kostenbeteiligung bei der Krankenkasse von 500 Franken pro Jahr entfällt. «Seit 2011 sind die Renten nicht mehr erhöht worden, hingegen sind die Lebenshaltungskosten gestiegen», begründete Rehak den Vorstoss. Und wenn eine medizinische Versorgung benötigt werde, stelle die fixe Kostenbeteiligung von 500 Franken pro Jahr «für viele eine wesentliche finanzielle Belastung dar». Einer Erhöhung der AHV-Renten standen die beiden Abgeordneten bisher ablehnend gegenüber. Dies vor allem mit dem Argument des «Rentenexports». Mit dem aktuellen Vorstoss würden nur Krankenversicherte in Liechtenstein profitieren. «Mit dieser Initiative werden zwar die Renten nicht erhöht, aber die Lebenshaltungskosten für die Pensionisten gesenkt.»

«Alter nicht mit Bedürftigkeit gleichsetzen»

Dass alle Rentner von dieser Entlastung profitieren, störte den VU-Abgeordneten Mario Wohlwend: «Alter ist nicht gleichzusetzen mit Bedürftigkeit.» Er sehe den Handlungsbedarf durchaus, aber die Unterstützung müsse zielgerichtet erfolgen und nicht mit der Giesskanne. Dazu sei zunächst



Fand keine Mehrheit: Thomas Rehak (DpL). Bild: D. Schwendener

ein aktualisierter Armutsbericht nötig und anschliessend eine ganzheitliche Altersstrategie.

Auch FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry erklärte: «Ich will dort helfen, wo Not am Mann oder der Frau ist.» Zudem haben man mit den Prämienverbilligung ein Instrument für einkommensschwache Personen, und dieses sei in der letzten Legislaturperiode noch massiv ausgebaut worden. Der Armutsbericht werde Klarheit schaffen, wo Hilfe benötigt werde. Auch Gesellschaftsminister Manuel Frick sprach sich gegen den Vorstoss aus: «Ich spreche mich gegen jede Giesskanne aus. Egal ob es grosse oder kleine sind.» Für den Vorstoss stimmten neben den Initianten die FL-Fraktion, die FBP-Abgeordneten Albert Frick, Johannes Kaiser und Wendelin Lampert sowie Markus Gstöhl und Manfred Kaufmann von der VU. (sap)

Zu «lebensfremd»: Beschränkung der Buswerbung gescheitert

Der Antrag der Freien Liste, die Eignerstrategie der Liemobil anzupassen, wurde abgelehnt.

Elias Quaderer

Die Freie Liste sorgt sich um die Corporate Identity der Liemobil. Mit einem Antrag wollte sie die Regierung beauftragen, die Eignerstrategie des Verkehrsbetriebs in dem Sinne abzuändern, dass die Aussenwerbung an den Bussen auf das Heck der Fahrzeuge beschränkt wird. Denn mit den immer grösseren Werbeaufdrucken auf den Linienbussen gehe zunehmend der Wiedererkennungseffekt der Liemobil verloren. «Besonders bei schlechter Witterung haben die Fahrgäste an der Haltestelle Mühe zu erkennen, ob es sich um einen Linienbus handelt oder um einen Bus eines privaten Reiseveranstalters», heisst es in der Begründung des FL-Antrags. Mit teilweise schrillen Tönen versuchte die Freie Liste, an der gestrigen Landtagssitzung nochmals für ihr Anliegen zu werben. Georg Kaufmann meinte, dass die grossflächige Werbung das Corporate Design «unmässig verletzt». Die Erkennungsfarbe der Liemobil – «limegrün» – sei kaum mehr zu erkennen. «Wollen wir, dass ein öffentliches Unternehmen daher kommt wie eine Farbfirma?», fragte Kaufmann in die Runde.

Die Mehrheit des Landtages konnte der Argumentation der Freien Liste jedoch nicht viel abgewinnen. So wies die Landtagsvizepräsidentin Gunilla



Gunilla Marxer-Kranz fragte sich, wer für ausfallende Werbeerträge zahlen müsste. Bild: D. Schwendener

Marxer-Kranz darauf hin, dass die Liemobil vergangenes Jahr 283 000 Franken mit der Buswerbung einnahm – davon 143 000 allein mit der Vollbelegung. Wenn die Liemobil auf die grossflächige Werbung verzichten würde, müsste sie die wegfallenden Einnahmen anderweitig kompensieren – entweder durch höhere Ticketpreise oder einen höheren Landesbeitrag. FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry fügte im gleichen Sinne an, dass eine Reduktion der Werbeeinnahmen kaum zu einer Qualitätssteigerung der

Liemobil führe, während finanziell das Werbeverbot ein Rückschritt wäre.

Linienbus unerkennlich? Unrealistisches Szenario

Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter verwarf gänzlich die Annahme der Freien Liste, es bestehe wegen der Werbung Verwechslungsgefahr zwischen Reise- und Linienbussen. Sie erklärte, dass Linienbussen – im Gegensatz zu Reisebussen – mit einer Nummer und einem Fahrziel beschriftet sind sowie zu den entspre-

den Zeiten an den Haltestellen stehen bleiben. In der Regel informieren sich auch die ÖV-Nutzer über die Abfahrtszeiten. «Der Fall, dass ein Bus kommt, anhält und der Fahrgast dennoch wegen der Werbung nicht einsteigt, erscheint mir lebensfremd.» Diese Ansicht teilte der Grossteil der Abgeordneten. Nur zehn Abgeordnete stimmten dafür, den Antrag an die Regierung zur Stellungnahme zu überweisen. Die Mehrheit von 15 Abgeordneten war dagegen. Damit wurde der Antrag der Freien Liste obsolet.